

Pröll und Gabmann präsentierten NÖ Verfahrensexpreß:

Utl.: 80 Prozent der Verfahren in drei Monaten erledigen=

St.Pölten (NLK) - "Um den Wirtschaftsstandort Niederösterreich zu stärken, müssen wir Unternehmern ein Service mit wenig Bürokratie bieten, sodaß die Behördenverfahren raschest abgewickelt werden können", betonte heute Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll bei der Präsentation des sogenannten NÖ Verfahrensexpresses. Beim Verfahrensexpreß gibt es für jeden Antragsteller innerhalb von drei Monaten einen Antrag, ein Verfahren und einen Bescheid. Der Verfahrensexpreß wurde im Rahmen eines Pilotversuches in den Bezirkshauptmannschaften Amstetten und Baden getestet und ist äußerst erfolgreich verlaufen. "In Baden sind 84 Prozent und in Amstetten 89 Prozent der Verfahren innerhalb von drei Monaten erledigt worden", betonte Pröll. Nun würde der Verfahrensexpreß in allen Bezirkshauptmannschaften durchgeführt. Pröll: " Unser Ziel ist, innerhalb von drei Monaten 80 Prozent der Verfahren abzuwickeln". Die niederösterreichische Landesverwaltung verstehe sich als modernes Dienstleistungsunternehmen und nicht als Behörde im "alten Sinn." Pröll: "Standortpolitik bedeutet heute vor allem Arbeitsplatzmanagement".

Landesrat Ernest Gabmann meinte, Voraussetzung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Niederösterreich sei vor allem, daß man schneller sei als die Behörden in anderen Bundesländern. Positive Beispiele in der Verfahrensabwicklung seien beispielsweise die Firma Semperit und das Verpackungsunternehmen Welpa im Margarethen am Moos. "Nur wenn die Verwaltung gut funktioniert, herrscht ein unternehmerfreundlicheres Klima." Auch bei Betriebsansiedelungen biete das Land ein hervorragendes Service. In Niederösterreich würden Wirtschaft und Verwaltung hervorragend zusammenarbeiten.

Natürlich wird es in den Bezirkshauptmannschaften auch begleitende Maßnahmen zur schnelleren und unbürokratischen Abwicklung geben: Die Beratungen werden vertieft und die Antragsteller im voraus informiert, sodaß es keinen Zeitverlust bei der Bearbeitung gibt. Außerdem werden unter anderem die Bausprechtage öfter abgehalten und die Verfahrensabläufe für die Bürger transparenter gemacht. Voraussetzung für den

"Verfahrensexpreß": Die Gemeinden müssen die Baurechtskompetenzen an die Bezirkshauptmannschaften übertragen. 40 Prozent der Gemeinden haben dies bereits getan.

Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Pressestelle

Tel.: 02742/200/2172

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0104 1998-01-26/11:57

261157 Jän 98

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980126_OTS0104